

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 24.08.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender / MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Häder teilt mit, dass TOP 5.2. „Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität – zur Marktordnung – Anordnung der Verkaufsstände auf dem Marktplatz“ vor Beginn der Sitzung, da er zwischenzeitlich überholt ist, zurückgezogen wurde.

Des Weiteren wurde der Antrag unter TOP 5.3. „Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen“ durch die FDP-Fraktion zurückgestellt, bis die neue Marktsatzung für Beratungen zur Verfügung steht.

Weiterhin wurde der „Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Aufhebung der Gebührenerhebung für gemeinnützige Vereine in der Marktgebührensatzung“ ebenfalls vor Beginn der Sitzung zurückgestellt.

Damit wird folgende, geänderte Tagesordnung für den öffentlichen Teil einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.06.2010

4. Beschlussvorlagen

4.1. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2010/08887

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet
Vorlage: V/2010/08950

5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet (Vorlagen-Nummer: V/2010/08950)
Vorlage: V/2010/09017

6. schriftliche Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen

- 7.1. Vorstellung des Projektes "Integration durch Arbeit" durch Herrn Rochau
- 7.2. Information zur praktischen Arbeit im Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW)
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.06.2010

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.06.2010 wird einstimmig genehmigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: V/2010/08887

Zunächst wird **Herrn Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) das Wort zur Vorlage erteilt.

Dieser erklärt kurz, dass die Vorlage bei der letzten Sitzung zurückgestellt wurde, da diese auf Grund des fehlenden Jahresabschlussberichtes unvollständig war. Dieser liegt jedoch nun den Ausschussmitgliedern vor, sodass heute über die Beschlussvorlage abgestimmt werden kann.

Da **Frau Wolff** (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) vorab bereits Fragen zum Jahresabschluss gegenüber **Herrn Voß** (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH) stellte, erhält dieser das Wort, um darauf antworten zu können.

Ausführungen von **Herrn Voß**:

Antwort auf die erste Frage von **Frau Wolff** zum Projekt „Stadtsprung“:

Das Projekt „Stadtsprung“ ist ein durchlaufender Posten, welcher jedoch ein Null-Summen-Spiel im Jahressaldo bedeutet.

Zweite Frage von **Frau Wolff**: „Warum entstanden überplanmäßige Aufwendungen, auch im Bereich Personal“?

Antwort von **Herrn Voß**:

Das Gros der Kosten resultiert aus den Geschäftsführerkosten, wobei jedoch zu beachten ist, dass im Vergleich zum Jahr 2008, im Jahr 2009 die Beschäftigung im Marketing mehr Kosten verursachte.

Die 34.000 Euro Jahresfehlbetrag resultieren u. a. aus dem Gutachten zur Benchmarkanalyse sowie aus der Überziehung für die Erstellung von postalischen oder elektronischen Dokumenten bzw. Manuals.

Anmerkung von **Frau Wolff**:

Grundsätzlich zu bemängeln ist die Vorgehensweise zur Einbringung der Beschlussvorlage, denn der vollständige Jahresabschlussbericht liegt nicht in den Fraktionen vor, stattdessen wurde darauf verwiesen, sich an Herrn Geier zu wenden, falls man Einsicht nehmen möchte. Daher wird angeregt künftig immer ein vollständiges Exemplar solcher Berichte und nicht lediglich die Kurzfassungen an die Fraktionen zu übersenden.

Anmerkung der Protokollführerin **Frau Panier** außerhalb der Sitzung:

Die Jahresabschlussberichte gingen den Fraktionen zumindest zu, als die Unterlagen für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung an die Fraktionen versandt wurden.

Wortmeldung **Herr Bauersfeld** (CDU):

Ist der Ansatz für dieses Geschäftsjahr nicht zu niedrig bemessen, wenn man bedenkt, dass im Jahresabschlussbericht 2009 von einem Fehlbetrag i. H. v. 34.000 Euro die Rede ist? Gerade auch dann, wenn man sich auch noch einmal an den, in der Vergangenheit gestellten Antrag von ihm erinnert.

Antwort von **Herr Neumann**:

Grundsätzlich wäre es zu begrüßen, wenn mehr Mittel zur Verfügung stünden, jedoch müssen die Mittel begrenzt werden und eine Budgeterhöhung seitens der Stadt ist auf Grund der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Dabei kann aber gesagt werden, dass zumindest das Public Viewing in diesem Jahr kostenneutral durchgeführt werden konnte, da dies von vielen Unternehmen unterstützt wurde.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Kann denn schon ein Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr gegeben werden?

Antwort von **Herrn Voß**:

Momentan befindet sich die Stadtmarketing GmbH im Soll und die Befürchtung einer Überziehung stellt sich bisher nicht dar.

Zur Präsenz am Flughafen, wie vorhin kurz von **Herrn Bauersfeld** erwähnt, kann mitgeteilt werden, dass eine personelle „Nachrüstung“ hier noch nicht erfolgte, jedoch wurde generell schon viel in diese Richtung geleistet, so z. B. durch die aufgestellten Roll-Ups. Weitere Aktionen in diese Richtung sind in der Planung. Dies ist jedoch nicht allein durch den Zuschuss der Stadt Halle leistbar, hier gilt es Drittmittel einzuwerben.

weitere Anfragen **Herr Häder**:

1. Wie ist der Stand zur Welcomecard?
2. Gibt es einen neuen Stand zu der Frage, ob es sich bei den Stadtführern um SV-pflichtige Beschäftigte handelt?

Antwort von **Herrn Voß**:

1. Zur Welcomecard kann erst am Ende des Jahres Bilanz gezogen werden, momentan werden

die Hotels damit. Die Erlössituation wird sich durch die Card allerdings nicht wesentlich ändern. Nähere Auskünfte können aber eben erst am Jahresende gemacht werden.

2. Eine abschließende gerichtliche Entscheidung in dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 03.05.2010:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 mit einer
Bilanzsumme von 274.260,95 Euro und einem
Jahresfehlbetrag von 34.804,45 Euro.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 34.804,45 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von Euro 116.370,93 zu verrechnen und den Betrag von Euro 81.566,48 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

- einstimmig zugestimmt -

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet Vorlage: V/2010/08950

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur „Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet“ wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls mit aufgerufen und diskutiert.

Zunächst erhält **Herr Sieber** (DIE LINKE.) das Wort zum Antrag:

Eigentlich braucht nichts mehr zu diesem Antrag gesagt werden, außer, dass der gesamte Vorgang unnötig von der Verwaltung verzögert wurde, da der Antrag erst wieder in Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung verwiesen wurde, obwohl dort schon ähnliche Anträge beraten wurden.

Daher bedarf es auch keiner erläuternden Worte zum Antrag.

Was jedoch den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrifft, so solle man doch beachten, dass ja nun bereits ein Formular zur Abfrage der Breitbandverfügbarkeit im Internet veröffentlicht wurde, welches auch sehr gut zu benutzen ist. Erst nach Auswertung dieser Umfrage sollte man sich auf ein Gebiet festlegen.

Daher sollte der Antrag der Fraktion DIE LINKE. unverändert beschlossen werden

Danach erhält **Herr Menn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort zum Änderungsantrag.

Ausführungen **Herr Menn**:

Der Änderungsantrag soll dazu dienen, den zeitlichen Rahmen des Antrages der Fraktion DIE LINKE. zu straffen.

Wortmeldung **Frau Dr. Sitte** (DIE LINKE.):

Wird die Umfrage, welche durch das Onlineformular ausgeführt wird, laufend ausgewertet? Denn interessant zu wissen wäre, wie es sich in Gebieten wie dem Paulusviertel verhält, denn dort ist eine Breitbandversorgung vorhanden, jedoch treten hier, auf Grund der Anwohnerdichte häufiger Verfügbarkeitseinschränkungen auf.

Daher wäre hier die Auswertung der Umfrage interessant.

Des Weiteren sollte man evtl. überlegen, ob man das Thema nicht erweitert, denn es wäre interessant, was die Breitbandanbieter weiterhin in Halle vorhaben.

Ausführungen durch **Herrn Dr. Furchert** (Amt für Kommunikation, Datenverarbeitung und Zentrale Dienste):

Zunächst einmal wird das Webformular sehr viel genutzt, es bestehen auch interkommunale Anfragen, ob eine Verwendung des Formulars auch in anderen Städten möglich sei.

Bei der Definition von Breitband ist zunächst wichtig zu wissen, dass bereits ab einer Übertragungsrate von 1.000 kbits/s Breitband vorliegt.

Die Stadt Magdeburg hat bereits eine ähnliche Umfrage durchgeführt und kam dabei auf 1.000 Teilnehmer. Die Benutzung des Fragebogens in der Stadt Halle wurde bereits von 1.300 Teilnehmer vollzogen. Die Umfrage wird noch bis Ende September vorgenommen.

Was die Auswertung des Fragebogens betrifft, so ist dieser momentan nicht komplett ausgewertet worden, man hat aber bereits einige Auswertungen vorgenommen.

Was die sogenannten Schwerpunktgebiete betrifft, so gibt es hier klare Definitionen vom Land Sachsen-Anhalt, welche Gebiete das sind. Dafür gibt es dann verschiedene Zuschüsse und Förderungen vom Land.

Diese Fördermechanismen greifen jedoch leider nicht für die Stadt Halle, da eine kreisfreie Stadt hier nicht unter die Definitionen der Schwerpunktgebiete fällt.

Daher sollte schon angestrebt werden, mit den Anbietern über deren Interessen an einem weiteren Ausbau zu sprechen.

Wortmeldung von **Herr Sieber**:

Da die Umfrage, lt. Aussage von **Dr. Furchert**, noch bis Ende September läuft sind Änderungen des gestellten Antrages nicht sinnvoll, vielmehr sollte man hier die Auswertung der Daten abwarten.

Außerdem wäre es interessant zu erfahren, in welcher Höhe die genannten Fördergelder gezahlt werden.

Anmerkung von **Herrn Neumann**:

Aus seiner Sicht gibt es keinen Grund sowohl den einen als auch den Antrag zu beschließen, denn es wurde ein Webformular für die Abfrage nach Breitband im Internet eingestellt und der gewünschte „Breitbandgipfel“ erfolgt auch, da nach der Umfrage die Gespräche mit den Anbietern erfolgen werden.

Somit ist der inhaltliche Wille der Anträge bei der Verwaltung angekommen, aber es kommt dann später auf die Ergebnisse an. Diese werden Ende September vorliegen, dann wird auch ein Gebiet rausgegriffen, über das man dann gezielt mit den Anbietern sprechen kann. Hier wird also seitens der Verwaltung gehandelt und das sichert er auch weiterhin zu.

Wortmeldung **Frau Dr. Sitte:**

Die Intension der sogenannten Breitbandgipfel, welche in den Anträgen erwähnt werden, liegt dabei auf der Mitgestaltung und der Mitwirkung bei den Gesprächen durch den Stadtrat. Würde man jetzt also die Anträge zurückziehen, so wäre die Verwaltung in dieser Angelegenheit das „Alphatier“, dies ist aber nicht die Intension der Anträge und daher wird zumindest der Antrag von der Fraktion DIE LINKE. nicht zurückgezogen.

Vorschläge von **Herrn Häder:**

1. Die Verwaltung könnte die Mitgestaltung und Mitwirkung durch den Stadtrat beim „Breitbandgipfel“ zusagen, dann wäre die Intension erfüllt und die Anträge müssten nicht beschlossen werden.
2. Man lässt die Anträge auf den September-Stadtrat laut Beratungsfolge zulaufen. Die Ergebnisse der derzeitigen Umfrage werden bereits in der Septembersitzung des Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung vorgestellt. Dadurch könnte dann eine Abstimmung über das auszuwählende Gebiet erfolgen und der Antrag im Stadtrat noch entsprechend konkretisiert werden.

Wortmeldung von **Herrn Sieber:**

Dem zweiten Vorschlag von **Herrn Häder** kann genau so gefolgt werden.

Beschlussvorschlag:

Für das 4. Quartal 2010 wird ein öffentlicher lokaler „Breitbandgipfel“ aller Interessengruppen einberufen, um Möglichkeiten einer flächendeckenden Breitbandversorgung zu erörtern. Dabei wird durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung ein abgegrenztes, derzeit stark unterversorgtes Gebiet festgelegt, auf welches sich die Bemühungen fokussieren sollen. Es sollte eine für Halle repräsentative Struktur bei Bevölkerung und Gewerbe aufweisen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

- einstimmig zugestimmt -

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet (Vorlagen-Nummer: V/2010/08950)
Vorlage: V/2010/09017**

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur „Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet“ wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls mit aufgerufen und diskutiert.

Vgl. dazu die Ausführungen unter TOP 5.1.

Beschlussvorschlag:

1. Der zweite Satz des Antrags wird wie folgt geändert:

~~Dabei wird durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung ein abgegrenztes, derzeit stark unterversorgtes Gebiet festgelegt, auf welches sich die werden die Bemühungen auf den Bereich Nördliche Innenstadt/Paulusviertel (eingegrenzt durch: Moritzburgring, Universitätsring, Große Steinstraße, Paracelsusstraße, Wolfensteinstraße, Große Brunnenstraße, Burgstraße, Neuwerk) fokussierten sollen.~~

2. Der dritte Satz wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
9 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

- mehrheitlich abgelehnt -

**zu 5.2 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität
- zur Marktordnung - Anordnung der Verkaufsstände auf dem
Marktplatz
Vorlage: IV/2008/07605**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. der Standort der Markthändler ist in der Regel die Ostseite des Marktplatzes
2. sollten Händler die Westseite bevorzugen, so ist ihnen ein Stellplatz parallel zu den Gleisen zuzuweisen

Die Anlage 3 (Lageskizze) zur Satzung „Marktordnung der Stadt Halle (Saale)“ ist entsprechend zu verändern.

Abstimmungsergebnis:

Bereits im Vorfeld der Sitzung wurde der Antrag zurückgezogen.

- zurückgezogen -

zu 5.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen
Vorlage: V/2010/08727

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

In der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen wird nach § 6 Absatz 3 ein neuer Absatz 4 (neu) wie folgt eingefügt:

(4) Bei der Vergabe der Plätze für den Weihnachtsmarkt in Halle werden in der Kategorie Glühwein- und Imbissstände auf der Ostseite des Marktplatzes nur Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen berücksichtigt.
Auf der Westseite des Marktplatzes sollen während des Weihnachtsmarktes die halleschen Partnerstädte sowie Unternehmen aus dem europäischen Ausland mit einem sichtbaren thematischen Bezug zu ihrem Herkunftsland besondere Berücksichtigung finden.

Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden als neue Absätze 5 und 6 angefügt.

Abstimmungsergebnis:

Bereits im Vorfeld der Sitzung wurde durch den Geschäftsführer der FDP-Stadtratsfraktion, Herrn Thämet, um die Zurückstellung des Antrages gebeten.

- zurückgestellt -

zu 5.4 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Aufhebung der Gebührenerhebung für gemeinnützige Vereine in der Marktgebührensatzung
Vorlage: V/2010/08883

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die in der Marktgebührensatzung von 2008 festgelegten allgemeinen Gebühren für gemeinnützige Vereine bei Ständen ohne Verkauf (Nr. 8.4 ohne Verkauf) im Verzeichnis der Gebührenerhebung der Stadt Halle (Saale) für die Nutzung der Marktflächen (Anlage1) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Bereits im Vorfeld wurde durch die Geschäftsführerin der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Frau Schaarschmidt, um die Zurückstellung des Antrages gebeten.
Frau Wolff pflichtete der Aussage bei der Feststellung der Tagesordnung bei.

- zurückgestellt -

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung des Projektes "Integration durch Arbeit" durch Herrn Rochau

Vorab der Projektpräsentation durch **Herrn Rochau** (Stabsstelle Arbeitsmarkt) erfolgen ein paar einleitende Worte durch **Herrn Neumann**:

Bei dem Projekt handelt es sich um ein länder- und städteübergreifendes Projekt, welches mit ESF-Mitteln gefördert wird.

Im Anschluss daran nimmt **Herr Rochau** die Projektpräsentation vor.

Da die Präsentation vor der Ausschusssitzung noch einmal aktualisiert wurde, geht sie den Mitgliedern, sachkundigen Einwohnern und Fraktionen im Anschluss an die Sitzung erneut per E-Mail zu. Die statistischen Unterlagen zum Projekt werden der Niederschrift beigelegt.

Nach der Präsentation werden noch einige Fragen gestellt.

Anfrage **Frau Dr. Sitte**:

Zunächst einmal hört sich das Projekt sehr gut an, da es für die Teilnehmer auch einfach „erfahrbar“ ist. Es ergeben sich aber zwei Fragen:

1. Was macht eigentlich die Puul GmbH bei diesem Projekt?
2. Erfolgt eine dahingehende Begleitung der jungen Leute, bei der vermittelt wird, unter welchen Voraussetzungen eine Anstellung in der Logistikbranche erfolgt?
3. Gibt es ein Gefühl, ob die Leute wieder zurück in die Niederlande wollen?

Antwort von **Herrn Rochau**:

1. Die Puul GmbH ist der Hauptprojektsteuerer.
2. Puul steht in engem Kontakt mit dem Netzwerk Logistik, im Rahmen dieses Kontaktes spricht man auch über die Anstellungsvoraussetzungen und die werden dann weitervermittelt.
3. Bisher wollte ein Teilnehmer in den Niederlanden bleiben, aber laut Aussage der restlichen Teilnehmer bleibt Heimat einfach Heimat und so wollten bisher keine weiteren Teilnehmer dort bleiben.

Anfragen von **Dr. Diaby** (SPD):

1. Welche Nachhaltigkeit besteht bei diesem Projekt? Welche Erwartungen hat die ARGE daran und wie könnte man die Erfahrungen aus diesem Projekt hier anwenden?
2. Woran wird der Erfolg des Projektes gemessen? Nur allein an der Zahl der Anstellungen oder gibt es auch noch andere Merkmale?

Antwort von **Herrn Rochau**:

1. Die Nachhaltigkeit ist gegeben, in dem die Teilnehmer später in Deutschland in Unternehmen der Branche vermittelt werden können. In den Niederlanden steht das Verhältnis der persönlichen Fallmanager bei 1:20 (1 Fallmanager auf 20 zu betreuende Personen).
Dies ist schon ein Punkt der in Deutschland Anwendung finden könnte.
2. Das Hauptmerkmal für die Messung des Erfolges ist schon die Anzahl der Anstellungen, aber auch die Einschätzung der jungen Leute dient als Erfolgsmessung.

Anfrage von **Frau Haupt (DIE LINKE.)**:

Das Projekt hat ja Modellcharakter. Gibt es Überlegungen, wie eine Umsetzung auch hier erfolgen könnte?

Antwort **Herr Rochau**:

Im Moment ist man da noch nicht soweit, um dies abschätzen zu können, jedoch werden auch Workshops in Halle stattfinden und dann wird man im kommenden Frühjahr überlegen, wie es hier weiter gehen soll.

Anfrage von **Herrn Puschmann** (sachkundiger Einwohner):

Der Anteil an Vermittlungen ist durchaus als gut zu beurteilen, aber bleiben die Teilnehmer danach weiterhin bei ALG II-Leistungen?

Antwort **Herr Rochau**:

51% der Teilnehmer verbleiben danach nicht bei den ALG II-Leistungen, jedoch wird abgeprüft, was im Verlauf aus den Leuten wird.

weitere Anfrage **Herr Puschmann**:

Welche Auswahlkriterien gab es für die Teilnahme an diesem Projekt?

Antwort **Herr Rochau**:

Vorab sei erwähnt, dass die ARGE trotz des anspruchsvollen Projektes Teilnehmer suchen musste. Zu den Auswahlkriterien gehören:

- Teilnehmer zwischen 18 und 30 Jahre alt
- Schulabschluss
- abgeschlossene Berufsausbildung

Anfrage **Herr Ploß** (sachkundiger Einwohner):

Das Projekt ist sehr erfreulich, aber welche Möglichkeiten der Entwicklung haben Teilnehmer mit einem höheren Abschluss? Gibt es Querverbindungen zu anderen Partnern?

Antwort **Herr Rochau**:

Das Projekt richtet sich ausschließlich an junge Leute mit verschiedensten Benachteiligungen. Querverbindungen gibt es zum Netzwerk Logistik sowie zur Puul GmbH.

Anfragen **Herr Bauersfeld** (CDU):

1. Wenn an dem Projekt die Auslandsreise das Verlockende darstellt, bestehen so ein paar Bedenken, ob das wirklich so vorteilhaft ist. Könnte darauf noch einmal eingegangen werden?
2. Die Jobs in der Logistikbranche sind ja relativ einfache Jobs, die keiner allzu hohen Bezahlung bedürfen, wie stehen diese Gehälter im Vergleich zu Hartz IV? Denn wenn die Gehälter kaum über dem Hartz IV-Satz liegen, wird sich das nicht positiv auf die Motivation auswirken.

Antwort von **Herrn Rochau**:

Die Arbeitsbereiche in der Logistikbranche sind keineswegs mehr einfache Arbeiten, da heutzutage in diesem Bereich fast alles über EDV-Anlagen gesteuert wird, was schon ein gewisses Maß an Kenntnissen erfordert. Was die Gehälterfrage im Vergleich zu Hartz IV betrifft, so wird dies künftig in die Untersuchung der Nachhaltigkeit mit aufgenommen. Was den Auslandsaufenthalt betrifft, so soll dieser der Meinungsänderung über Ausländer dienen, denn hier bestehen dafür kaum Möglichkeiten, aber die Meinungen der Teilnehmer sind dafür umso mehr verfestigt, dem soll damit Abhilfe geschaffen werden.

Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Hildebrandt** (CDU):

Herr Hildebrandt stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltungen

- mehrheitlich abgelehnt -

Ausführungen von **Herrn Neumann**:

Grundsätzlich wäre, auf Grund der vielen Anfragen zu überlegen, ob man die Partner des Projektes für eine ausführliche Diskussion nach Halle holt, dann könnte ggf. auch eine gemeinsame Ausschusssitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses erfolgen.

Herr Rochau wird gebeten, dazu einmal bei den Partnern anzufragen, evtl. könnte dies mit einem der angesprochenen Workshops in Halle verbunden werden.

Anfragen von **Herrn Häder**:

1. Sind die Teilnehmer tatsächlich in die Logistikbranche vermittelt wurden?
2. Warum sind knapp 50% noch nicht vermittelt?

Antwort von **Herrn Rochau**:

Die Teilnehmer werden tatsächlich in die Logistikbranche vermittelt. Die knapp 50% die noch nicht vermittelt wurden befinden sich zum Teil noch in den Kursen, zum Teil noch im Projekt und ein weiterer Teil wurde in der Tat noch nicht vermittelt.

weitere Anfrage von **Herrn Häder**:

Gibt es ein Feedback zum Projekt seitens der Unternehmen?

Antwort **Herr Rochau**:

Die Unternehmen haben das Projekt bereits selber evaluiert, die Darstellung wird beigefügt.

zu 7.2 Information zur praktischen Arbeit im Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW)

Einleitung von **Herrn Neumann**:

Wie bereits bekannt gab es die Diskussion zur Umsetzung des Einheitlicher Ansprechpartner (EAP), die lt. EU-Vorschrift erfolgen musste.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Vorschrift wurde in der Stadtverwaltung Halle das Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW) geschaffen.

Diesem Dienstleistungszentrum obliegen zwei wesentliche Aufgabenschwerpunkte:

1. Betriebsberatung
2. Existenzgründung

Des Weiteren begleitet das DLZW die Unternehmen bei verschiedensten Verwaltungsgängen. Somit übernimmt das DLZW Aufgaben, die neben der Akquisition und Bestandspflege, welche durch die Wirtschaftsförderung wahrgenommen werden, auch auszuführen sind.

Das Personal für das DLZW wurde kostenneutral eingestellt, da hierzu Mitarbeiter aus der Verwaltung eingesetzt wurden, somit mussten keine zusätzlichen Mitarbeiter eingestellt werden.

Danach wird das Wort an **Herrn Weichler** (Stabsstelle DLZW) übergeben.

Ausführungen von **Herrn Weichler**:

Erläuterungen der praktischen Abläufe im DLZW anhand eines praktischen Beispiels: Ein Unternehmer aus der Gummibranche trennt sich von seinem Unternehmen und möchte etwas Neues beginnen. Dann wird in diesem Fall Folgendes durchgeführt:

- Gespräch mit dem Kunden zur Vorstellung des künftigen Unternehmens
- Förderrecherche
- Beratung zu Antragsunterlagen unter Hinzuziehung der Investitionsbank (IB)
- Beratung zum BImSchG unter Hinzuziehung des Umweltamtes
- Rücksprache mit der Bauaufsicht zur Nutzungsänderung einer Halle
- Rücksprache mit dem Kunden zum Businessplan
- Rücksprache mit der Sparkasse zur Finanzierung
- Rücksprache mit der IB zur Förderung
- Einbeziehung der Stadtwerke Halle GmbH bezüglich Kooperationsmöglichkeiten
- Auswahl Personal und Fördermöglichkeiten

Die Arbeit des DLZW besteht dabei zu einem wesentlichen Teil aus der übergreifenden Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern und Dezernaten.

Man kann außerdem sagen, dass sich das DLZW bei der Betreuung des Kunden um alles kümmert, von der Kontoeröffnung über das Auslandsfinanzierungsgeschäft etc. Dabei werden stets die Querverbindungen zu anderen Ämtern oder Anlaufstellen gehalten.

Dabei bestehen über 70% aus externen Kontakten, während 30% aus internen Kontakten resultieren.

Die genauen statistischen Zahlen werden der Niederschrift beigelegt.

Anfragen von **Herrn Häder**:

1. Gibt es eine Art Evaluierung?
2. Inwieweit macht die Stadt auf das DLZW aufmerksam, außer auf der Homepage?

Antwort von **Herrn Neumann**:

1. Das Feedback der Unternehmen ist durchgängig positiv, gerade weil es jetzt einen einheitlichen Ansprechpartner für sämtliche Behördengänge gibt.
2. In der Verwaltung ist das DLZW durchaus ausreichend bekannt, es muss daher nicht mehr wirklich beworben werden. Die eingehenden Anfragen in anderen Ämtern werden umgehend an das DLZW weitergeleitet.

Anfragen von **Frau Haupt**:

1. Gibt es Wartezeiten?
2. Welche Verbindung besteht zur IHK?

Antwort von **Herrn Weichler**:

1. Es gibt keine Wartezeiten, die Kunden werden sofort „versorgt“.
2. Eine Verbindung zur IHK besteht durch die Teilnahme am „Runden Tisch“, dabei ist ein Eingriff auf verschiedene Sachverhalte seitens des DLZW unterschiedlich möglich. Des Weiteren besteht eine Schnittstelle zur IHK aus der Praxis, denn die meisten Kunden des DLZW waren vorher bei der IHK um sich zu informieren, wobei dort lediglich Informationsmaterialien ausgegeben werden. Dies ist im DLZW nicht der Fall, hier gibt das DLZW direkte Lebenshilfe in dem es den Kunden „an die Hand nimmt“.

Anfragen von **Herrn Sieber**:

1. Gibt es auch Kontakt zur HWK und wie wird dieser eingeschätzt?
2. Wie erfahren die halleschen Unternehmen, dass es das DLZW gibt?

Antwort von **Herrn Weichler**:

1. Es gibt einen mäßigen Kontakt zur HWK, dabei liegen aber bisher weder positive noch negative Erfahrungen vor.
2. Mit der Außendarstellung ist man noch nicht ganz so zufrieden. Dies zeigt sich vor allem am Beispiel der momentanen Situation um die Klausbrücke. Dort wurden die Unternehmen vom DLZW angesprochen, da die Ansässigen gar nicht wussten, dass sie sich auch an das DLZW wenden können

Anfrage von **Herrn Häder**:

Könnte man dann nicht eine Mitteilung über das DLZW im Amtsblatt oder in der MZ veröffentlichen?

Antwort von **Herrn Weichler**:

Auf Grund der aktuellen Haushaltssituation ist Werbung leider nicht möglich.

Anfrage von **Herrn Kotte** (sachkundiger Einwohner):

Wie wird die Seriösität der Anfragen geprüft?

Antwort von **Herrn Weichler**:

Ob ein Kunde seriös erscheint oder nicht, stellt sich meist beim ersten persönlichen Gespräch heraus. Des Weiteren können die Anfragen mittels Abfragen in diversen Registern geprüft werden und spätestens bei der Prüfung durch die Hausbank können Bedenken ausgeräumt werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Hajek** (FDP):

Wie steht es mit der Umwidmung des Freibades Ammendorf? Im Sportausschuss erhält er dazu keine Antwort.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Es müsste hier eine Entwidmung erfolgen, erst danach könnte man dort über einen Wohnbaustandort nachdenken.

Anfrage von **Herrn Dr. Diaby**:

Wie ist beim Eissporthallenverein der Stand der Dinge?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Umsetzung des im Stadtrat gefassten Beschlusses ist erfolgt. Die Gründung des Vereins erfolgte ebenso wie die Eintragung des Vereins. Ein Wirtschaftsplan wurde aufgestellt. Somit kann sorgenfrei in die kommende Eissaison gestartet werden.

zu 9 Anregungen

Anregung von **Herrn Hildebrandt**:

Neben dem Vorschlag, am Flughafen mehr Touristeninformationen zur Stadt Halle auszulegen, sollte dies auch am städtischen Bahnhof erfolgen. Hier fehlen z. T. Touristeninformationen, dabei sollte man sich gerade hier um eine vermehrte Bewerbung bemühen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.09.10

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin